

Mag. Zeits. Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabend mit den illustrierten Beilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 RM.

Schriftleitung: W. H. Bauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetel 15 Pf. Anzeigen nach 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Nebra.

Nr. 88

Sonnabend, den 5. November 1927

40. Jahrgang

Die Zukunft der Angestelltenversicherung.

Die deutschen Privatangestellten stehen jetzt in einem Wahlkampf, dem auch die übrigen Volksschichten ihre Aufmerksamkeit schenken sollten. Es handelt sich um die Wahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung, die in aller nächster Zeit, in den meisten Städten am 13. November, vorgenommen werden muß.

Der Ausgang dieses Wahlkampfes soll und wird zeigen, wie die Privatangestellten in ihrer Mehrheit über die Zukunft der für sie geschaffenen, vom Reichstage im Dezember 1911 verabschiedeten Alters- und Pensionsversicherung denken. Sehr viele sind es, die diese Versicherung getätigt haben. Eine Anzahl Angestelltenverbände schloß sich im Jahre 1901 zum sogenannten „Hauptauschuß“ zusammen, der die Forderung vertrat, daß, wie die bestehende Invalidenversicherung für die Arbeiter, etwas Ähnliches für die Privatangestellten geschaffen werden sollte. Der konstante Abgeordnete Dr. Dieberich hat sich im Jahre 1902 diese Forderung im Reichstage in einem entsprechenden Antrage. Im Dezember 1911 wurde dann das Angestelltenversicherungsgesetz vom Reichstage verabschiedet und am 1. Januar 1913 trat es in Kraft.

Zwei Abteilungen in der Angestelltenbewegung stehen sich in dem augenblicklichen Wahlkampf um die Zukunft der Angestelltenversicherung gegenüber. Die sozialistischen Angestelltenverbände (Hauptauschuß) sind Gegner einer besonderen Angestelltenversicherung und verlangen die Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung in eine allgemeine Sozialfürsorge, wie sie überhaupt die Sozialdemokratische Partei bei jeder Gelegenheit die Verwirklichung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung gefordert hat. Die sozialistischen Angestelltenverbände sind auch Gegner des bisherigen Kapitalbedarfsverfahrens der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die fordern, daß durch Umlage fließt nur Teil an Beiträgen erhoben wird, wie für die laufenden Rentenzahlungen notwendig ist. Ihre Wahlparole lautet: „Erhöhung der Renten ohne Erhöhung der Beiträge“. Das jetzige Vermögen der Angestelltenversicherung in Höhe von 560 bis 600 Millionen Mark soll zur Einlösung dieses Wertpapiers benutzt werden. Eine Umschuldung des Kapital zur Erhebung der Versicherungsleistungen halten die sozialistischen Angestelltenverbände nicht für erforderlich.

Die im „Hauptauschuß“ zusammengegangenen nichtsozialistischen Angestelltenverbände treten für das Behalten einer selbständigen Angestelltenversicherung ein. In diesen Verbänden gehören beispielsweise der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Verband der weiblichen Sozial- und Bureauangestellten, der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der Reichsverband der Deutschen Presse usw. Der „Hauptauschuß“ ist ebenfalls für eine Erhöhung der Renten, aber nicht unter Spernung des vorhandenen Vermögens. Ein Gegenstück zu den sozialistischen Verbänden hält der „Hauptauschuß“ nachdrücklich für unbedingt notwendig, weil sonst keine Gewähr gegeben ist, daß die Versicherenden auch in den Genuss der ihnen zulebenden Leistungen kommen. Der Hinweis auf das „hohe“ Vermögen der Angestelltenversicherung ist deshalb nicht angebracht, weil diese Versicherung erst seit dem 1. Januar 1913 in Kraft ist, eine Vielzahl von zehn Jahren vorgezogen war und natürlich die Zahl der Rentenempfänger sowie deren Durchschnittsrentenbetrag im Laufe der weiteren Jahre noch ständig steigen müssen. Beispielsweise ist die Zahl der Rentenempfänger von Ende 1924 bis Ende 1926 von 24 650 auf 50 395 gestiegen.

Bei den beiden bisher stattgefundenen Angestelltenversicherungswahlen hat sich die überwiegende Mehrheit der entscheidungsbefähigten Privatangestellten für den „Hauptauschuß“ entschieden, also für eine selbständige Angestelltenversicherung und gegen das von den sozialistischen Angestelltenverbänden propagierten Umlageverfahren. Die letzte Wahl im Jahre 1922 brachte den Gegnern der Angestelltenversicherung nur 840 Vertrauensmänner, während der „Hauptauschuß“, also die nichtsozialistischen Angestelltenverbände, 2591 Vertrauensmänner erhielten. Die gewählten Vertrauensmänner wählten auf Grund des Verhältniswahlrechts den Verbandsführer der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Dieser wiederum wählte die ehrenamtlichen Mitglieder des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Das Direktorium besteht zurzeit aus sechs ehrenamtlichen und vier beamteten Mitgliedern.

Die Angestelltenversicherungswahl ist also für die Privatangestellten von grundsätzlicher Bedeutung. Sie haben sich zu entscheiden, ob sie Beihilge oder die Erhaltung der Angestelltenversicherung wollen. Man darf auf das Ergebnis der Wahlen gespannt sein.

Beamtenwünsche zur Befolung.

Änderungsanträge im Haushaltsauschuß. Der Haushaltsauschuß des Reichstages hat seine Ansprache über die Finanzlage und über die Befolungsreform im Reichde am Donnerstag unterbrochen, um Vertreter von 14 Beamtenorganisationen zur geplanten Be-

folungsreform zu hören. Jede Organisation durfte drei Vertreter stellen, die an die Reichstagsabgeordneten Fragen stellen, an die sich aber keine Erörterungen anschließen durften.

Am Abende ging die Beratung des Haushaltsauschusses über die Befolungsreform vorher weiter. Der Ausschuß hörte zwei Berichterstatter. Der Abgeordnete Seintopf (Soz.) gab der Meinung Ausdruck, daß die Befolungsordnung von 1920 nicht so mangelhaft gewesen sei, um einen Umbau zu rechtfertigen. Die neue Befolungsordnung mache dieselben Fehler, wie ihre Begründung sie der früheren Befolungsordnung vorwerfe. Infolgedessen werde der Kampf um die Befolung nicht aufhören, sondern verdrängt fortgesetzt werden. Der Mitarbeiterfaktar Dauer (Bayr. Zp.) hat am Aufführung, weshalb für die Wehrmacht und die Polizei eine besondere Befolungsreform aufgestellt werde. Befreiung wurde in der Sitzung des Ausschusses über die Befolungsfrage jetzt abgelehnt. Die Entscheidung darüber, ob der weiteren Ausschüßberatung die gegenwärtige Vorlage zugrunde gelegt werden oder ob man von der Befolungsordnung von 1920 ausgehen soll, wurde auf Freitag vertagt.

Es ist damit zu rechnen, daß verschiedene Änderungsanträge zu dem jetzigen Befolungsentwurf eingehen werden. Der Abgeordnete Günther vom Bayerischen Bauernbund hat bereits im Ausschuß den Antrag eingebracht, die Beamtenbefolungsvorlage zurückzugeben und nur die Gehälter der unteren Beamtengruppen zu erhöhen. Andererseits sind Befreiungen im Gange, die darauf hingielen, die Beiträge der höheren Beamten noch weiter zu erhöhen, als dies bereits in der Vorlage vorgesehen ist.

Veröffentlichung des Reparationsmemorandums.

Der neue deutsche Vertrag in Washington.

Die Reichsregierung hat am Donnerstag einen zusammengetreten, um die Antwort auf die Denkschrift des Reparationskomitees endgültig festzusetzen. Die Reichsregierung ist im Einklang mit dem Reichsaussenminister darüber einverstanden, den vollen Wert der Reparationsmemorandums zusammen mit der Antwort bekanntzugeben. Die Veröffentlichung wird voraussichtlich am kommenden Sonntag erfolgen.

Reichspräsident von Hindenburg hat Reichsminister Marx und Reichsaussenminister Dr. Stresemann zum Vortrag empfangen. Bei der Unterbrechung mit dem Reichsaussenminister dürfte es sich um die Befragung des Vorkriegsagenten in Washington gehandelt haben. Hierfür kommt nach wie vor der deutsche Vorkriegsagent in Rom Herr von Britowit und Gaffron in Frage, für den bereits das notwendige Abgemach nachdrücklich worden ist, das heißt, es ist Washingtoner Regierungsfreien angefragt worden, ob Herr von Britowit und Gaffron als Nachfolger Waldmans dort angetrieben sein würde.

Von deutschnationaler Seite wird dem Reichsaussenminister der Vorwurf gemacht, daß er durch die Nachsicht des Reichsaussenministers, hinsichtlich der Vorkriegsagenten habe und daß es deshalb nicht ausgeschlossen sei, daß die ganze Angelegenheit noch ein politisches Aufwärmespiel nach sich ziehe.

Beibehaltung der Todesstrafe.

Mit 17 gegen 11 Stimmen.

Im Strafrechtsauschuß des Reichstages wurde der Antrag, im neuen Strafgesetzbuch die Todesstrafe zu streichen, mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Für die Beibehaltung der Todesstrafe stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der demokratische Abgeordnete Dr. Heuck; für die Beibehaltung der Todesstrafe stimmten die Regierungsparteien und der demokratische Abgeordnete Dr. Roda auf.

Die Abstimmung erfolgte viel früher, als man es vorausgesehen hatte. Der Bayerische Volksparlamentarier G. m. i. n. g. e. r., der frühere Reichsaussenminister, forderte die zwischen österreichischen und deutschen Rechtsauschüssen gleicheren abgepflogenen Beziehungen. Danach soll am 15. oder 16. November dieses Jahres in Wien eine freie österreichisch-deutsche parlamentarische Konferenz zusammenkommen, in der die in Aussicht genommenen Änderungen der beiden Reichstageskommissionen erörtert werden sollen. Reichsaussenminister Dr. Stresemann stellte fest, daß für diese Beziehungen keine staatsrechtliche Bindung in Frage komme und daß also die Freiheit der Willensbildung in den beiden Parlamenten in keiner Weise beeinträchtigt werde. Der Versuch einer Rechtsangleichung zwischen den beiden Ländern ist warm begrüßt worden. In der allgemeinen Aussprache nahmen erst nur Anhänger einer Abschaffung der Todesstrafe das Wort. Der Ausschußvorsitzende Dr. Heuck (Zp.) meinte, daß man einen Versuch auf die Todesstrafe nur in Erwägung hätte ziehen können, wenn 10 diese Sicherheitsmaßregeln gegeben worden wären, das heißt, die Arbeitslosen, Gewohnheitsverbrecher, die von der menschlichen Gesellschaft genügend abgeschlossen werden könnten.

Anträge der Minister, zunächst Sachverständigen anzuhören, eine Denkschrift aufzustellen oder auf andere Weise die Entscheidung hinauszuziehen, wurden abgelehnt. Für die Todesstrafe stimmten von den 28 Mitgliedern des Ausschusses 6 Deutschnationalen, 4 Zen-

trumsangeordnete, 3 Volksparlamentarier, 2 Reichstagsparlamentarier, 1 Bayerische Volksparlamentarier, 1 Demokrat. Für Abschaffung der Todesstrafe stimmten 7 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten und 1 Demokrat.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Fischerei

Rede des Staatssekretärs Hoffmann.

Anlässlich einer Besichtigung der Norddeutschen Fischerei führte Staatssekretär Hoffmann dem Reichsaussenminister für Ernährung und Landwirtschaft in einer Rede in Weimar aus, daß schon seit Jahrzehnten die Fischerei in Deutschland es als ihre Aufgabe angesehen habe, die Interessen der Fischer zu fördern. Das, was bisher für die Ausbesserung der Fischerei in Deutschland im Ausland erreicht worden sei, sei nicht befriedigend. Nur durch Steigerung des Fischereibedarfs im deutschen Lande, durch stärkeren Konsum von Fischen in allen Kreisen der Bevölkerung könne der Fischer geholfen werden. Das Ernährungsministerium habe an dem Prinzip fest, nach Möglichkeit die Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Produktion sicherzustellen. Hier auf dem freien Meere bestehe die Gelegenheit, ohne Zwischenbrüche ausländischer Produkte den Fisch des deutschen Volkes reichlich zu liefern. Im Jahre 1926 seien für die Einfuhr von frischen und zubereiteten Fischen 107 Millionen Mark, also mehr als der Wert unserer eigenen Produktion, ausgegeben. Deutschland stehe der Fangerzeugung nach in den europäischen Ländern unter Großbritannien und Norwegen erst an dritter Stelle und am Wert des Fanges gemessen noch weiter zurück. Schon mit dem jetzt vorhandenen Stoffmaterial würde man in der Lage sein, noch erheblich mehr Fische zu fangen, insofern das mancherorts Mangel der Fischerei jedoch in diesem Zusammenhang nicht in Betracht kommen dürfte.

Ein wesentlicher Teil des Fangereinertrages müßte in ausländischen Häfen abgeholt und ein nicht unbedeutender Teil in Fischmehl, aus dem Sandwichen, Dönerfleisch, verpackt werden. Die Fischverarbeitung laufe sich unrentabel in weiten Teilen des Reiches, namentlich in Mittel- und Süddeutschland, noch ganz wesentlich. Feinere Fischerei aber vor allem Dünghen und die Fischerei in den mündlichen und das eine lebendige Konsum in deutschen Haushalten für den Tag „Spis mehr Fische“ gefunden werde.

Neue Gemeindeeinteilung in Westfalen.

Im Industriebezirk.

Das preussische Staatsministerium läßt dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Neuordnung der kommunalen Grenzen im westfälischen Industriebezirk zu. Der Entwurf stellt die für notwendig erachtete Fortsetzung der schon früher erfolgten Neuordnung der kommunalen Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk dar. Der Entwurf enthält folgende Vorschläge: Die Landkreise Bochum und Sattlinghausen werden zu einem Landkreis vereinigt, der Landkreis Dortmund wird aufgespalten. Von den Gemeinden des Landkreises Dortmund werden die Landgemeinden Sodingen, Böttig und Solthausen des Amtes Sodingen mit der Stadtgemeinde Herne vereinigt. Die Stadt Gattrop-Munzel wird unter Einbeziehung der Landgemeinde Dellinghausen einen eigenen Stadtkreis bilden. Ebenso soll die Stadtgemeinde Linen unter Zuteilung des Vorortes der Landgemeinde Herne einen eigenen Stadtkreis bilden. Die übrigen Gemeinden des Landkreises Dortmund werden mit der Stadt Dortmund vereinigt. Mit der Stadtgemeinde und dem Stadtkreis Dortmund wird ferner die Stadt Herne vereinigt. Die Stadtgemeinde Duer und Gelsenkirchen sowie die Landgemeinde Hord-Emsdörfer des Landkreises Mettmalangen werden zu einer Stadtgemeinde Gelsenkirchen vereinigt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Deutschnationaler für Neugliederung des Reiches.

Der Zentralvorstand der Deutschnationalen Partei nahm in seiner letzten Sitzung im Anschluß an ein Referat des Grafen von Bernstorff einstimmig eine Entschließung an, in der der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die Reichsregierung als vordringlichste Aufgabe der inneren Politik beschleunigt eine gemeinsame Verfassungs- und Verwaltungsreform in Angriff nehmen werde. Gegenüber der Zentralisation aller Gewalt in Berlin müßten alle Kräfte für die große Verwaltungsreform und für die Neugliederung des Reiches eingesetzt werden, um zu dem Ziel des gleichberechtigten Landes wiederzukommen zu gelangen. Die Deutschnationalen Partei sei zur Mitarbeit bereit.

Aus In- und Ausland.

Berlin. An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Weimert tritt der Landwirt Alfred Herr-Dittgen bei den Westfalen (Deutschnationalen Volkspartei) in den Reichstag ein.

Darmstadt. Das heftige Ministerium des Innern teilt mit, daß die vorläufige Entsendung des Regierungsrats Frisch vom Amt unter der Aufsichtung außerordentlicher Verhältnisse erfolgt sei. Über die Art dieser Verhältnisse könne noch keine Mitteilung gemacht werden.

Samburg. Die Bürgererschaft wählte den bisherigen Präsidenten W. G. (Sozialdemokrat) fast einstimmig wieder. Als erster Bürgerpräsident wurde der Kommunistische Abgeordnete Gumbach, als zweiter Vizepräsident der deutschnationale Abgeordnete von Döbel gewählt.

Yugensburg. Hier fand an den Gräbern der deulischen Soldaten eine Abschiedsfeier statt. Die Begräbnisfeier anmahnen der zugensburger Staatsminister, der Bürgermeister der Stadt und der Kommandeur des zugensburger Freiwilligenkorps offiziell teil.

London. Die Berichte über den Verlauf der Gesamtgewinne der Arbeiterpartei bei den Provinzial- und Gemein-

Etwas Nöstliches



ist eine Fleischbrühe aus Maggi's Fleischbrühe; sie ist nicht nur ein bestimmtes Fleischbrühe, sondern ermöglicht auch die Herstellung feiner Fleischbrühen, Gemüse und Soßen.

kommen Passagiere und Flugzeugmannschaften ergibt die Zahl von 314 Personen, also mehr als anfänglich befrachtet wurde.

Mensch unter Menschen.

Des Freiherrn von Knigge Lebensregeln.
Noch heute ist es so, daß man einem Menschen mit ungeschobenen und ungeschobenen Umgangsformen oft und bringt die Letztere von Knigge's Umgang mit Menschen" oder kurzweg die Letztere des „Knigge“ — denn der Name ist längst zu einem Begriff geworden — empfieht, und noch heute ist es so, daß von denen, welche diese ungemein nützliche Empfehlung, nur die allerwenigsten den Knigge jemals gelesen haben — man nennt ihn, aber man kennt ihn nicht. Und daß ihn die heutigen gar nicht oder doch nur dem Namen nach kennen, ist immer schade, denn der „Knigge“, der zu einer fast sprichwörtlichen Erscheinung in der deutschen Literatur geworden ist, ist ein Werkbuch, das zu allen Zeiten gelesen zu werden verdient, und wir sollten uns an diesem 16. Oktober, dem Tage, an welchem der hundertste Geburtstag Knigge's feiert, 175. Geburtstag hätte feiern können, in einer Weise feiern, die Knigge mit Menschen" vornehmen und uns darin vertiefen, bis wir einermassen gelernt haben, mit unferesgleichen umzugehen. Es ist wirklich nicht ganz so einfach, wie es scheinen mag.

Um es gleich zu sagen: der „Umgang mit Menschen" ist kein Buch, das etwa Rezept für artige Menschen der Zeit oder für ein richtiges philosophisches oder ein ganz richtiges volkswirtschaftliches Denken und es lehrt wahrhaft vornehm Denken und Tun als Richtschnur des



Freiherr von Knigge.

Lebens. Schon aus der Inhaltsangabe und den einzelnen Kapitelüberschriften kann man erkennen, was eine so eminent. Da stehen zum Beispiel unter den allgemeinen Bemerkungen und Vorschriften über den Umgang mit Menschen" so kluge Worte wie: „Strebe nach Vollkommenheit, aber nicht nach dem Schein der Vollkommenheit — Sei nicht zu sehr ein Slave der Meinung anderer — Eigne dir nicht das Verdienst anderer zu — Nimm nicht zu laut dein Glück — Interessiere dich für andere, wenn du willst, daß andere sich für dich interessieren sollen — Sei, was du bist, immer und ganz. So alle Dingen handle immer konsequent!" Und dann wird das alles bis ins kleinste und eingehende ausgeführt und, was über den Umgang mit den Menschen im allgemeinen gesagt wird, auch im Umgang mit den einzelnen Gattungen von Menschen angewandt; denn die Menschen sind ja zwar alle gleich, aber jeder von ihnen will besonders studiert sein.

Und so philosophiert denn der Freiherr von Knigge über den „Umgang mit Leuten von verschiedenen Gemütsarten, Temperamenten und Stimmung des Geistes und Herzens", und es ergeht ihm nichts, aber auch sehr nichts. Willst du etwas über den „Umgang unter Eheleuten" wissen? Nur die „Haubtreue" braucht du dir zu merken: „Erfülle sorgsam jede deiner Pflichten!" Alles andere ergibt sich dann schon von selbst. Und im Kapitel über den „Umgang mit und unter Verliebten" steht geschrieben: „Sei verständig, in der Liebe. Es gibt ein Glück, das man sich selbst nicht leisten, und Gefügigkeit, die ihren Wert verlieren, wenn sie erlernt werden." Hat man sich daran, so ist es eigentlich kaum noch wichtig, zu wissen, ob „Weiber oder Männer inniger und behändiger lieben" — auch das nämlich nicht der gewissenhafte Knigge selbst. Und wenn man denn alles, was über den Umgang mit Sanftmütigen und Weibern, mit Gläubigen und Schandbären, mit Vornehmern und Gelehrten, mit Ärzten und Juristen, mit Meublierern und Herberghändlern usw. usw. empfinden wird, sich gründlich eingepärgelt hat, sieht man noch recht das Kapitel „Über die Art, mit Tieren umzugehen" und wundert sich ein bißchen, daß Tiere und Menschen durch-einandergerührt werden, wundert sich aber nicht mehr, wenn der Freiherr förmlich gegen die Zerstörung derer, die mit Tieren wie mit Menschen umgehen", wetert.

Es kann noch nebenbei erwähnt werden, daß Knigge von Knigge von Beruf Jurist war und daß er am 6. Mai 1796 zu Bremen als Oberbaupolizei- und Schulaufsicht (Scholar) geboren ist. Außer dem „Umgang mit Menschen" hat er noch eine ganze Anzahl anderer Bücher geschrieben, von denen „Die Reise nach Braunfels" und der „Roman meines Lebens" genannt werden mögen.

Chinosol

verhütet Katarrhe und Entzündungen.
Zu haben in allen Apotheken und Fachgeschäften.

Trübe Tage.

(Sonntagsgedanken.)

Der November ist nicht ebenmäßig freundlich. Der Herbst verweht Feder und Gärten greift dem Menschen ans Herz. Nach-ster Regen wehelt ab mit frischem Nebel. Früh lenkt sich der Schimmer der auf die Bände und nur selten wird das Grau des Alltags von einem leichten warmen Schein der folgenden Herbst-sonne verdrängt.

Auch im Herzen der Menschen beginnt es langsam Winter zu werden. Was zu leicht neigen wir uns jetzt der trübenden Stimmung zu, mit der uns drückt die Natur umgibt. Aber so sollte es nicht sein. Nicht alles organische Leben ein Ausdruck unserer selbst, ein sinnfälliges Spiegelbild unseres eigenen Lebens? Darum wird auch nur der an inneren Menschen gewinnen, der die Dinge um sich her mit dem Blick beziehungsreichen Geistes betrachtet. Trübe Tage! — in ihnen Menschen leben sollen sie, dürfen sie fehlen! Denn wie im weiten Dasein der Natur offenbar sich Wort Alltags uns gerade in der trübenden Zeit unseres Werdens und Verdens an hängen. Nur lebende Naturen können das, ein ehrlich lachendes Herz und gläubig-mühtiges Strahlen.

Daran aber fehlt es so oft. Und darum werden auch so viele heilsverlangenden Gottsucher unserer Zeit an eigenen Streben irre, weil sie es nicht lassen können, Gott mit dem Maße menschlichen Denkens zu messen. Gott ist nicht nur ein Herz, heißt eine der schönsten Bibelstellen. Und es ist ein großer Trost, der in dem schlichten Berührungswort beruht liegt: „So ihr mich von ganzem Herzen lieben werdet, will ich mich von euch finden lassen!" Auch, ja und gerade auch — in trübenden Tagen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Statistischen Reichsanstalt, Magdeburg, durch die Statistisches Bureau a. N.

Die Gesamtzahl der unterjährigen Arbeitslosen einschließlich der Kreisläufer ist von Mitte September bis Mitte Oktober von 517 000 auf 442 000 gesunken. Das ist ein weiterer Rückgang von 14 1/2%. — Aus der von dem Reichsanstaltpräsidenten Schacht vor dem Hauptausschuß des Reichstages gehaltenen Rede ist bemerkenswert, daß die teilweise entlassenen Beschäftigten wegen einer drohenden Inflation, solange die Reichsbank unabhängig bleibt, völlig grundlos seien. — Dem beim großen Ausschuß vom Reichsfinanzminister Dr. Brüder gemachten Vorschlägen ist zu entnehmen, daß die schon 1925 begonnene Politik der Steuerentlastung fortgeführt werden soll. Auch an einen Abbau der Zölle sei gedacht und mit Rücksicht darauf sind die Etat-Vorschlägen niedrig gehalten worden. — Nach den neuen amtlichen Erhebungen wurden in 45 deutschen Großstädten und 47 Mittelstädten im August 8096 Wohnungen, also 639 weniger als im Juli fertiggestellt. An Wohngebäuden wurden 2178, also 10%, mehr als im Sommer

fertiggestellt. — Der Gesamtindex beläuft sich auf 139,4 gegen 139,9% der Vormo. — Trotz der für die allgemeine Wirtschaftslage günstigen Rückstellungen amtlicher Stellen hat sich die Grund-tendenzen der Börse wenig verändert. An verschiedenen Tagen waren einige Kursbesserungen zu verzeichnen, die aber durch Realisationen zum Teil wieder aufgehoben wurden. — Am Devisenmarkt waren größere Kursveränderungen gegenüber der Vormo. im allgemeinen nicht zu verzeichnen. Der Ausgabenteil war nach vor-übergehender Erholung am Ende der Berichtsmo. wieder ab-geschwächt. — Die geldliche Umwidlung des Mittels ist verhältnis-mäßig leicht vollzogen gegangen. Zugabe ist als flüssiger zu bezeichnen, während Monatsgeld immer erhältlich ist. Die all-gemeine Lage des Geldmarktes muß noch immer als unübersichtlich angesehen werden.

Wäschmangelbesitzer und solche, die es werden wollen, werden auf eine gel. gesch. Neuerung der rühmlichst bekannten, altangesehenen Wäschmangel-Spezial-Fabrik, **Ernst Herrschig, Siegmund-Genossin**, aufmerksam gemacht. Die Neuerung ist in einem kombinierten Ripp- und Füllungsflügel, wodurch das Schließen der Federn und Büchsen des Kastens ausgeschlossen ist. Die Firma weist gern die Empfänger solcher nach.

Kirchliche Nachrichten.

21. Sonntag nach Trinitatis, (11. 6. November 1927. (Reformationsfest).

10 Uhr: Hauptgottesdienst.
11 1/2 Uhr: Abendgottesdienst.
17 Uhr: Bibelstunde im Gemeindeaal.
Freitag Abend 8 Uhr: Jungmännerverein im Gemeindeaal.
Getauft wurde am 3. November: Gertrud Weidenbacher aus Altona.

Heute ein zweites Blatt nebst der Bilder-Beilage und einer Extra-Beilage des Vereins der Bücherfreunde.

Offene Stellen

Stellenwechsel

Stellungsvermittlung

für alle besseren weiblichen Berufsarten in Haus, Familie und Schule (auch für männliche Berufs).

Die Anzeigen-Nachnahme für das bekannte Familienblatt

Dahem,

das über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete stark verbreitet ist und Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammenführt, be-findet sich in unserer Geschäftsstelle in **Hofleben**.

Das Substitut hat nur nötig, die Stellen-Anzeigen (Angebote oder Gesuche), Pension-Angebote und -Gesuche usw. bei uns abzugeben und die Gebühren (sein Aussehen) zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt und vertraulich, ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mißverwaltung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Dahem sind im Vergleich zur großen Auf-lage niedrig und gegenübermäßig für die einpaltige Druck-lage (7 Silben) für Stellen-Angebote 90 Pf., Stellen-Gesuche 70 Pf., übrige keine Anzeigen Nr. 110.

Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig aufzugeben. **Druckerei W. Sauer, Hofleben.**

Berblühend schnell wachsen junge

Tiere durch **M. Brodmanns Vieh-Extrakt-Gemisch** „**Osteon**“, Gemisch aus Hartwurstbestandteilen! — In zwei Qualitäten: Orig.-Fl. zu 1/4 kg 1.50 u. 1.25; 4 kg 8.50 u. 7.50, größere Mengen billiger. Man achte genau auf Schuppen und Firma des alleinigen Fabrikanten

M. Brodmanns Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Centr. 101 I. In haben in Hofleben in der Apotheke „Zur gold. Aue“, S. Ulrich, in Wehra bei Wörlitz Buschmuths, Adler-Druckerei, in Wörlitz bei Apotheker H. Baumgart.

Brodmanns Futterfah „Zwerg-Marke" (Mischung) anerkannt beste Marke! Die Qualität macht's!

Indianer kommen nach EISLEBEN

15. November
7 30 Uhr

Es kommen Mexikaner, Cowboys, Cowgirls, Argentinier, Brasilianer, Mulatten, Kreolen, Rifkabylen, Tscherkessen, chinesische Gaukler, mongolische Speerkämpfer, tibetanische Gladiatoren, ein japanisches Theater, Neger, Afrikaner, Aegyptier, Inder, Türken. Repräsentanten von 37 Kulturnationen, 60 Sarrasani-Girls, aus-erlesene Schönheiten aus allen bereisten Ländern, 100 Sarrasani-Musiker, Deutschlands größtes Bläserkorps.

Es kommen die 24 Sarrasani-Elefanten, berühmt auf der ganzen Erde, 200 Rosse aller Rassen, Leoparden, Bengaltiger, abyssinische Löwen, Polarbären, australische Känguruhs, Tranvalzebras, das einzig dressierte Nilpferd der Welt, asiatische Kamele, persische Trampeltiere, Büffel, andalusische Stiere, brasilianische Ur-waldaffen, Seelöwen usw.

Es kommt die „Revue der Welt“, die schönste Schau der Gegenwart. 140 eigene Autotransportzüge in dem gewaltigsten, schönsten Zeltbau, der je konstruiert wurde, insgesamt 10 000 Sitzplätze enthaltend; 400 Künstler, 500 Tiere, unter persönlicher Leitung von Hans Stosch-Sarrasani, Europas volkstümlichstem Zirkusmanne. Kurz und gut, es kommt der einzige und echte:

SARRASANI

Nebrer Zeitung

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0,85 M.

Schriftleitung: Wiltz, Bauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Westmetell 15 Pf. Anzeigen... an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Koblentz.

Nr. 88

Sonnabend, den 5. November 1927

40. Jahrgang

Die Zukunft der Angestelltenversicherung.

Die deutschen Privatangestellten stehen jetzt in einem Wahlkampf, dem auch die übrigen Volksschichten ihre Aufmerksamkeit schenken sollten. Es handelt sich um die Wahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung. Jedes Jahr lang ist um diese Versicherung gekämpft worden. Eine Anzahl Angestelltenverbände schloß sich im Jahre 1901 zum sogenannten „Hauptauschuß“ zusammen, der die Forderung vertrat, daß, wie die bestehende Invalidenversicherung für die Arbeiter, etwas Ähnliches für die Privatangestellten geschaffen werde. Der konservative Abgeordnete Dr. Dieckhoff sah in dem Jahre 1902 diese Forderung im Reichstage in einem entsprechenden Antrage. Im Dezember 1911 wurde dann das Angestelltenversicherungsgesetz vom Reichstage verabschiedet und am 1. Januar 1913 trat es in Kraft.

Zwei Richtungen in der Angestelltenbewegung stehen sich in dem gegenwärtigen Wahlkampf um die Zukunft der Angestelltenversicherung gegenüber. Die sozialistischen Angestelltenverbände (MfA-Bund) sind Gegner einer besonderen Angestelltenversicherung und verlangen die Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung in eine allgemeine Sozialfürsorge, wie ja überhaupt die Sozialdemokratische Partei bei jeder Gelegenheit die Verstaatlichung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung gefordert hat. Die sozialistischen Angestelltenverbände sind auch Gegner des bisherigen Kapitalbedarfsverfahrens der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, sie wollen, daß durch Umlage ihres nur soviel an Beiträgen erhoben wird, wie für die laufenden Rentenzahlungen notwendig ist. Ihre Wahlparole lautet: „Erhöhung der Renten ohne Erhöhung der Beiträge“. Das jetzige Vermögen der Angestelltenversicherung in Höhe von 550 bis 600 Millionen Mark soll zur Einlösung dieses Verschuldens benutzt werden. Eine Ansammlung von Kapital zur Ericherung der Versicherungsleistungen hatten die sozialistischen Angestelltenverbände nicht für erforderlich.

Die im „Hauptauschuß“ zusammengeflohenen nichtsozialistischen Angestelltenverbände treten für die Forderung ein, daß die Angestelltenversicherung in der Weise zu reformieren, wie sie für die laufenden Rentenzahlungen notwendig ist. Ihre Wahlparole lautet: „Erhöhung der Renten ohne Erhöhung der Beiträge“. Das jetzige Vermögen der Angestelltenversicherung in Höhe von 550 bis 600 Millionen Mark soll zur Einlösung dieses Verschuldens benutzt werden. Eine Ansammlung von Kapital zur Ericherung der Versicherungsleistungen hatten die sozialistischen Angestelltenverbände nicht für erforderlich.

Die im „Hauptauschuß“ zusammengeflohenen nichtsozialistischen Angestelltenverbände treten für die Forderung ein, daß die Angestelltenversicherung in der Weise zu reformieren, wie sie für die laufenden Rentenzahlungen notwendig ist. Ihre Wahlparole lautet: „Erhöhung der Renten ohne Erhöhung der Beiträge“. Das jetzige Vermögen der Angestelltenversicherung in Höhe von 550 bis 600 Millionen Mark soll zur Einlösung dieses Verschuldens benutzt werden. Eine Ansammlung von Kapital zur Ericherung der Versicherungsleistungen hatten die sozialistischen Angestelltenverbände nicht für erforderlich.

Bei den beiden bisher stattgefundenen Angestelltenversicherungsversammlungen hat sich die überwiegende Mehrheit der parteipolitisch ungebundenen Angestellten für den „Hauptauschuß“ ausgesprochen, der die Forderung vertrat, daß, wie die bestehende Invalidenversicherung für die Arbeiter, etwas Ähnliches für die Privatangestellten geschaffen werde.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Die Angestelltenversicherungsgesetze haben sich zum Glück erhalten. Man darf gespannt sein.

Beröffenlichung des Reparationsmemorandums.

Der neue deutsche Verfassungsentwurf in Washington.

Die Reichsregierung hat am Donnerstag einen zusammenfassenden Bericht über die Denkschrift des Reparationskomitees veröffentlicht.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat Reichsminister Dr. Brüning mit dem Auftrag beauftragt, die Denkschrift des Reparationskomitees zu prüfen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Fischerei

Rede des Staatssekretärs Dr. Hoffmann.

Anlässlich einer Besichtigung der Norddeutschen Fischerei führte Staatssekretär Hoffmann dem Reichsausschuß für Fischerei und Landwirtschaf in einer Rede in Marzahn aus, daß schon seit Jahrzehnten die Reichsregierung sich als ihre Aufgabe angesehen habe, die Interessen der Fischer zu fördern.

Das, was bisher für die Ausbesserung der Fischer in Deutschland getan worden ist, ist nicht geringfügig. Nur durch die Förderung der Fischerei durch die Reichsregierung konnte die Fischerei in allen Teilen der Reichsgebiete gefördert werden.

Die Reichsregierung hat am Donnerstag einen zusammenfassenden Bericht über die Denkschrift des Reparationskomitees veröffentlicht.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Die Denkschrift des Reparationskomitees enthält die Forderung, daß die Reparationsleistungen in Höhe von 200 Milliarden Mark durch die Verstaatlichung der Reichsbahn und der Reichspost gedeckt werden sollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219271105-18/fragment/page=0005

